



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

7. Oktober 2014

Liebe Leserin, lieber Leser,

ich hoffe, Sie haben sich während des verlängerten Wochenendes gut erholt und das frühherbstliche, sonnige Wetter genossen. Auch ich habe die Gelegenheit für einen kleinen Kurzurlaub genutzt. Zurück in Berlin ist von Urlaub nichts mehr zu spüren - der Bundestag befasst sich unter anderem mit einer Änderung des BAföGs und einer Verbesserung des Asylbewerberleistungsgesetzes, dazu gleich mehr.

Abseits der parlamentarischen Debatten wird derzeit noch eine ganz andere Diskussion geführt - die um mögliche Änderungen der Fragestunde des Bundestages. Schon zu Oppositionszeiten hatte sich die SPD Fraktion für eine Reform dieses wesentlichen Informations- und Kontrollinstrumentes der Opposition eingesetzt, das im parlamentarischen Alltag recht nüchtern abläuft: In der Regel stellen Abgeordnete, vor allem der Oppositionsfraktionen, ihre Fragen vorab schriftlich an das zuständige Ministerium und ein Parlamentarischer Staatssekretär verliest die vorgefertigten Antworten dann im Rahmen der Fragestunde im Plenum. **SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann hatte daher kürzlich angeregt, eine Befragung von Ministern und der Kanzlerin nach britischem Vorbild einzuführen - dort gibt es im Rahmen der „Prime Ministers Question Time“ regelmäßig einen offenen Schlagabtausch zwischen Abgeordneten und Regierung.**

Bundestagspräsident Norbert Lammert hat inzwischen angekündigt, keine Fragestunden mehr ohne anwesende Bundesminister abzuhalten - so wie es die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages an sich vorsieht. Ich persönlich habe als Ministerin und aktuell als Parlamentarische Staatssekretärin vielfach an solchen Sitzungen teilgenommen und kann sagen, dass ich eine Reform der Fragestunde sehr unterstütze. Denn eine direkte Debatte zwischen Regierung und Opposition ist im Interesse unserer parlamentarischen Demokratie - außerdem auch sehr viel spannender.

Viel Spaß beim Lesen und eine gute Woche wünscht

+++ Veranstaltungstipp +++

Gesundheitsmesse im Darmstadtium

Auch in diesem Jahr bietet die Darmstädter Gesundheitsmesse mit ihren zahlreichen interaktiven Möglichkeiten den Besucher/innen wieder ein volles Programm rund um die **Gesundheitsvorsorge, Fitness und Diagnostik.**

Außerdem erhalten die Besucher die Gelegenheit sich bei etlichen Gesundheitsvertretern - vom Apotheker bis zur Zahnärztin - über **neuste Behandlungsmethoden zu informieren** und Einblicke in die jeweiligen Berufswelten zu bekommen.

11. - 12. Oktober, 10 - 18 Uhr,
Wissenschafts- und Kongresszentrum
Schlossgraben 1, 64283 Darmstadt
Der Eintritt ist frei.



+++ Veranstaltungshinweis +++

Flohmarkt auf dem Karolinenplatz

Am Samstag, dem 11. Oktober, können „Krämer“ aller Art wieder zahlreiche Schnäppchen jagen - auf Darmstadts größtem und sehr beliebtem Flohmarkt - dem Karolinenplatz. Der **Andrang wird voraussichtlich wieder groß sein**, Zeit und Muße sollte man daher mitbringen - und früh dabei sein.

Der Flohmarkt findet in der Darmstädter Innenstadt auf dem Karolinenplatz, vor dem Haus der Geschichte und zwischen der TU Darmstadt und dem Hessischen Landesmuseum statt.

Weitere **Flohmarkttermine und Infos** finden Sie [hier](#).

Bildungsförderung durch den Bund - Änderungen des BAföGs

Seit mehr als 40 Jahren ermöglicht das Bundesausbildungsförderungsgesetz, kurz: BAföG, jungen Menschen aus einkommensschwächeren Familien die Chance auf eine akademische Ausbildung - ein wesentlicher Beitrag zur Herstellung von Chancengleichheit und mehr Bildungsgerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Ab dem 1. Januar 2015 wird der Bund die Kosten hierfür übernehmen und die Länderhaushalte damit um knapp 1,2 Milliarden Euro entlasten. Zugleich wird der Bundestag am Donnerstag zum ersten Mal seit 2010 über die Anhebung des Förderungssatzes debattieren.

Der von den Koalitionsfraktionen SPD, CDU und CSU eingebrachte Regierungsentwurf regelt die **Ausweitung der Förderung. Die Bedarfssätze sollen zum Wintersemester 2016/2017 um 7% steigen**. Zugleich werden auch die Einkommensfreibeträge erhöht, so dass 110.000 junge Menschen zusätzlich förderungsberechtigt sein werden. Als Reaktion auf allgemeine Mietsteigerungen auch an Hochschulstandorten werden der Wohngeldzuschuss und Hinzuverdienstgrenzen angehoben. **Die vorgesehene Schließung der Förderungslücken zwischen dem Bachelor und einem anschließenden Master-Studium ist längst überfällig**. Das BAföG wird auch familienfreundlicher werden. Der Kinderzuschlag wird einheitlich auf 130 Euro angehoben und nicht mehr nach der Anzahl der Kinder gestaffelt. Auch sollen aufwändige bürokratische Antragsverfahren entfallen - ab August 2016 können Anträge elektronisch gestellt werden.

All diese Maßnahmen dienen dem Ziel, das BAföG moderner, familienfreundlicher und solidarischer zu gestalten. Die Änderungen sind Bestandteil einer Bildungsoffensive des Bundes: Neben der Übernahme der BAföG-Kosten gibt es auch Geld für die institutionelle Hochschulförderung, sowie für Investitionen in die außeruniversitäre Forschung und in den Ausbau von Krippen und Kitas. Zu diesem Zweck soll in dieser Woche auch eine Grundgesetzänderung zur Lockerung des sog. „Kooperationsverbotes“ von Bund und Ländern im Hochschulbereich beschlossen werden. **Bildungspolitik als „reine Ländersache“ gehört damit der Vergangenheit an. Die SPD wird auch in Zukunft bereit sein, auf Bundesebene mehr Verantwortung für Bildung zu übernehmen**.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis.

Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben.

Sie können diesen Newsletter gerne abonnieren: Entweder einfach auf meiner Website oder Sie schreiben eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.: *Brigitte Zypries, MdB*
 Platz der Republik 1
 11011 Berlin

Bilder:
Daniel Becker (Seite 2)
Lina Kramer (Seite 3)

Finanzielle Verbesserungen für Asylbewerber

Es ist derzeit „das“ Thema: Die große Flut von Flüchtlingen in Deutschland und Europa angesichts der Krisen in der Welt. Allein für dieses Jahr werden in Deutschland 200.000 Menschen erwartet, die in der Hoffnung auf Schutz und Sicherheit vor Verfolgung zu uns kommen. **Die aktuell bekannt gewordenen Übergriffe machen die wachsenden Probleme in Zusammenhang mit den gestiegenen Flüchtlingszahlen auf drastische und beschämende Weise deutlich. Die Bundesregierung erarbeitet derzeit eine Strategie, wie Bund und Länder angemessen auf die wachsenden Flüchtlingszahlen reagieren können.** Sicher sind Bündnisse vor Ort nötig - Vorbehalte gegenüber Flüchtlingsunterkünften in der Bevölkerung müssen durch Transparenz und den Einsatz von Mediatoren und Mediatorinnen sowie Sozialarbeitern und Sozialarbeiterinnen begegnet werden. Auch der Bund ist gefordert, durch solides und auch zügiges und koordiniertes Handeln den Kommunen und Verantwortlichen vor Ort zu helfen.

Am Donnerstag wird es im Plenum erneut um die Situation von Asylbewerbern gehen, allerdings mit anderem Fokus: Die Geldleistungen an Asylbewerber sollen verbessert werden. Mit dem Gesetzentwurf wird ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2012 umgesetzt. Das Gericht hatte die damals geltenden Geldleistungen zum Asylbewerberleistungsgesetz für verfassungswidrig erklärt. Gefordert wurde, dass das menschenwürdige Existenzminimum transparent und nachvollziehbar festgesetzt, sowie Abweichungen begründet werden müssten. **Bis zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts bekamen Asylbewerber durchschnittlich 225 Euro monatlich. Jetzt sollen Flüchtlinge 352 Euro monatlich bekommen, also durchschnittlich 127 Euro mehr als vor dem Gerichtsurteil.** Die sogenannte Wartefrist, also die Zeit, in der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gezahlt werden, wird von 48 Monaten deutlich auf 15 Monate gekürzt. Danach werden dann Leistungen entsprechend der Sozialhilfe gewährt. Zudem sollen Kinder und Jugendliche vom ersten Tag ihres Aufenthaltes an bei ihrer Integration unterstützt werden. Sie bekommen sofort Leistungen für Bildung und Teilhabe.

Zugleich haben wir bereits im August ein Gesetzpaket beschlossen, dass den Arbeitsmarktzugang für Asylbewerber und Geduldete erleichtert und ihn von bürokratischen Hürden befreit. Dies sorgt für bessere und schnellere Integration und macht die betroffenen Menschen unabhängig von Sozialleistungen. Und mit der Abschaffung der Residenzpflicht entfällt endlich eine unnötige Gängelung im Alltag. Ich denke, wir sind damit insgesamt auf einem guten Weg zu einer modernen und gerechten Flüchtlingspolitik.